

1. Thema Presse- bzw. Medienfreiheit

1. a) Welche Bedeutung messen Sie der Pressefreiheit bei?

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein Kernpfeiler für die Demokratie. Ohne eine freie und objektive Berichterstattung ist ein Austausch der unterschiedlichen Meinungen nur schwer möglich. Insbesondere ist auch die kritische Berichterstattung gegenüber der jeweiligen Regierung für eine freie Gesellschaft unerlässlich.

1. b) Durch welche Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit ungehindert ausüben können?

Die zunehmende Tendenz von Regierungsorganisationen und -institutionen, Presseanfragen gar nicht oder nur ausweichend zu beantworten, ist problematisch und zu verurteilen. Kritische und sachbezogene Berichterstattung auf Basis von Fakten muss jederzeit möglich sein. Deswegen wäre es sinnvoll, die Auskunftsrechte von Journalisten, sofern kein wirklich berechtigtes Interesse (etwa der Schutz von geheimdienstlichen Quellen) dagegenspricht, auszuweiten. Insbesondere in den Landespressegesetzen ist hier noch viel zu tun.

1. c) Neuerdings schränken Gesetze wie das Sicherheits- und Ordnungsgesetz die Medienfreiheit ein, weil der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und damit der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr ausreichend garantiert sind. Würden Sie das Gesetz in dieser Hinsicht ändern? (Zum Hintergrund bitte [HIER klicken](#)). Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Der Schutz journalistischer Quellen ist durch höchstrichterliche Urteile bereits mehrfach bestätigt worden. Im Einzelfall müssen die zuständigen Gerichte eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Interesse einer funktionierenden Strafverfolgung und dem Schutz journalistischer Quellen vornehmen.

2. Thema Auskunftspflicht

Bei Kommunen, Bürgermeistern, Ministerien – kurzum öffentlichen Einrichtungen - gibt es eine Auskunftspflicht gegenüber Medienvertretern. Doch wird sie nicht immer eingehalten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Journalisten zu ihrem Recht kommen?

Sofern Auskunftsrechte von Journalisten gegenüber staatlichen Stellen existieren, diese aber ignoriert werden, müssen die Verlage ihre bestehenden und richtigen Auskunftsrechte einklagen. Eine Stärkung der Justiz, etwa durch mehr Richter oder die Einrichtung von gesonderten Pressekammern, kann zu schnelleren Verfahren führen und damit auch zum schnelleren Einklagen von Informationen beitragen. Die AfD fordert seit langem, die bereits jetzt an der Belastungsgrenze arbeitende Justiz personell besser auszustatten.

3. Thema Landespressegesetz

Das Landespressegesetz stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem hat sich im Medienbereich enorm viel getan. Auch zur inneren Pressefreiheit gibt es moderne Vorstellungen. Wie wollen Sie das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode den Erfordernissen anpassen?

Die zunehmende Digitalisierung, auch und insbesondere der Medienwelt, ist am Landespressegesetz bisher vorbeigegangen. So fehlen alle Hinweise auf die Einordnung und Rechte von reinen Online-Medien, wie wir sie auch in Mecklenburg-Vorpommern in zunehmendem Maße haben. Hier muss dringend nachgebessert und das 21. Jahrhundert auch pressetechnisch eingeläutet werden. Zudem ist in Paragraph 4, Absatz 3 der wachsweiße Gummiparagraph, dass Auskunftsrechte verweigert werden können, wenn „ihr Umfang das zumutbare Maß überschreitet“ zu streichen. Gleichzeitig müssen die Medien dann allerdings hinnehmen, dass umfangreiche Anfragen dann auch längere Bearbeitungsfristen durch die Behörden nach sich ziehen können.

4. Thema Tariftreue

In der M-V Medienlandschaft ist Tariftreue die Ausnahme. Wie wollen Sie die Tarifbindung in dieser Branche stärken und dafür sorgen, dass auch Freiberufler gebührend entlohnt werden?

Der massive und schnelle Medienwandel hat bei vielen „klassischen Zeitungen“ zu finanziellen Einbußen geführt. So sinken Abo- und Werbeinnahmen seit Jahren beständig. Die Verlage müssen deswegen zunehmend wirtschaftliche Interessen berücksichtigen, um auch weiterhin ein hochqualitatives Angebot zur Verfügung stellen zu können. In diesem Rahmen müssen sie auch weiter frei mit Festangestellten und freien Mitarbeitern Gehälter und Honorare aushandeln können.

5. Thema Medienkompetenz

Informationen kommen in vielen Gewändern und auf vielen Kanälen daher. Nicht immer basieren sie auf Fakten und solider Recherche. Und nicht immer können Menschen zwischen verlässlichen Informationen und Fake News unterscheiden. Stichwort Medienkompetenz: Wie wollen Sie diese stärken?

Der Begriff „Fake News“ wird heute leider inflationär benutzt. Wir haben gesehen, dass angebliche „Fake News“ von gestern die Wahrheit von morgen sein können. Die Medienkompetenz muss deswegen dahingehend gestärkt werden, dass die Bürger sich ein eigenes Bild von Ereignissen machen können und nicht alles glauben, nur weil es in einer vermeintlich seriösen Zeitung steht. Sie müssen hinterfragen können, ohne dabei gleich in die Ecke gestellt oder als „unseriös“ abgekanzelt zu werden. Deswegen setzen wir auch hier auf die Eigenverantwortung der Bürger und eine wohlgeleitet ausgewogene Behandlung des Themas „Medienkompetenz“ im Unterricht.

6. Thema Medienvielfalt

6. a) Welchen Stellenwert hat Medienvielfalt für Sie?

Die Medienvielfalt ist in Deutschland aus Sicht der AfD seit längerem durch einen starken Konformitätsdruck gefährdet, der die Meinungs- und zum Teil auch die Wissenschaftsfreiheit infrage stellt. Die Apologeten von linker Identitätspolitik, „Cancel Culture“, politischer Korrektheit, „Diversität“ oder Geschlechtergerechtigkeit verengen zunehmend in aggressiver Art und Weise die Meinungskorridore. Vor diesem Hintergrund tritt die AfD für eine Entideologisierung dort ein, wo öffentliche Fördermittel fließen. Hier muss ein Mindestmaß an politischer Neutralität eingefordert werden. Das gilt im Übrigen auch und gerade für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), in dem der „Haltungsjournalismus“ überhandgenommen hat.

[\(https://www.kulturrat.de/themen/bundestagswahl-2021/wahlpruefsteine-afd/\)](https://www.kulturrat.de/themen/bundestagswahl-2021/wahlpruefsteine-afd/)

6. b) Wie wollen Sie den Medienstandort M-V so stärken, dass sich in allen Regionen des Landes mehr Medienvielfalt entwickeln kann?

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern noch eine vergleichsweise große Medienvielfalt. Wir haben drei große Tageszeitungen mit dutzenden Regionalausgaben, einen üppig finanzierten NDR mit mehreren Studios und auch eine zunehmende Anzahl von Nachrichtenblogs. Es liegt an den Anbietern selbst, ihr Angebot so attraktiv zu gestalten, so dass alte Leser gehalten und Jüngere hinzugewonnen werden können. Staatliche Unterstützungszahlungen lehnen wir allerdings strikt ab. Zu beachten ist hierbei, dass der

zwangsfinanzierte NDR eine zunehmende Marktmacht entwickelt, mit der die privaten Zeitungen, trotz Bezahlschranken, immer weniger mithalten können. Deswegen fordern wir mit unserem „Grundfunk-Konzept“ für die öffentlich-rechtlichen Sender eine grundlegend neue, mehr an den Interessen der Gebührenzahler ausgerichtete Finanzierung, die das Quasi-Monopol des NDR beendet und so die Chancengleichheit mit den privaten Zeitungen und Blogs verbessert.

7. Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Welche Bedeutung hat für Sie der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung und wie wollen Sie die Finanzierung sichern?

Wir sehen mit großer Sorge, dass der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk seine eigentliche Aufgabe immer weniger wahrnimmt. Unter dem Deckmantel eines angeblichen „Haltungsjournalismus“ werden kritische Stimmen zunehmend aus dem Diskurs gedrängt und in die Ecke gestellt. Bestes Beispiel ist die Einführung sogenannter „Gender-Sprache“, die hier ideologisch über die Köpfe der Menschen hinweg und gegen alle Regeln der Rechtschreibung implementiert werden soll. Hier maßen sich die Torhüter der politischen Korrektheit Rechte an, die ihnen schlicht und ergreifend nicht zustehen. Diese „Volkserziehung“ lehnen wir strikt ab.

In seiner jetzigen Form ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk überholt. Damit eine grundlegende Reform möglich wird, müssen die Rundfunkstaatsverträge in jedem Bundesland gekündigt werden. Wir fordern einen „Grundfunk“, einen schlanken Heimatfunk, der Einblicke in die jeweilige Region eröffnet und die Bürger neutral über Politik, Kultur und Bildung versorgt.

Grundfunk heißt: Der Rundfunkbeitrag wird abgeschafft, die politisierten Rundfunkräte werden durch ein unabhängiges Expertengremium ersetzt. Zwangsgebühren werden abgeschafft, stattdessen finanziert sich der Rundfunk durch eine Abgabe, die Tech-Giganten und Video-Streaming-Dienste wie Amazon oder Netflix zu leisten haben. Auch die Werbung würde entfallen. Dieses Modell sorgt für eine Entideologisierung des Rundfunks und ermöglicht echten Wettbewerb. Freier Funk für freie Bürger.

(<https://www.afd.de/grundfunk-statt-rundfunkgebuehren/>)